

Der Verband der Deutschen Fischereiverwaltungsbeamten und Fischereiwissenschaftler e.V.

hat bei seiner Mitgliederversammlung am 04.09.1996

in Amberg folgenden Beschluß gefaßt:

Resolution

zum Problem der „Kleinwasserkraftanlagen und Gewässerökologie“

stellt der Verband fest:

Anläßlich seiner Jahreshauptversammlung 1992 hat der Verband Deutscher Fischereiverwaltungsbeamter und Fischereiwissenschaftler e.V. auf die Gefährdung hingewiesen, die den Bächen und kleinen Flüssen durch den Neubau, den Ausbau oder durch wesentliche Änderungen von Kleinwasserkraftwerken oder der gesamten Wasserkraftanlage droht. Heute sieht er sich dringend veranlaßt, seine damalige Resolution nochmals aufzugreifen, um damit erneut einen besonneren Umgang mit dem knappen und nicht regenerativen Naturgut Fließgewässer anzumahnen.

Durch Kleinwasserkraftwerke kann weder zur Stromerzeugung und noch weniger zur Vermeidung von Treibhausgasen ein nennenswerter Beitrag geleistet werden: Kleinwasserkraftwerke liefern weniger als 0,5 Prozent des insgesamt in Deutschland erzeugten Stroms, sie sparen weniger als 0,2% der Kohlendioxidemissionen ein. Selbst durch großzügigsten Ausbau wären diese Zahlen allenfalls zu verdoppeln.

Mit Kleinwasserkraftwerken sind andererseits regelmäßig schwerwiegende Eingriffe in den Lebensraum Fließgewässer und dessen Lebewelt verbunden. Die drastischen Folgen sind heute an vielen Gewässern und ihren Fischbeständen abzulesen: Praktisch alle Fließwasserspezialisten unter den Fischen zählen zu den hochgradig gefährdeten Arten, nicht allein, aber wesentlich auch wegen der Nutzung der Wasserkraft.

Der Verband Deutscher Fischereiverwaltungsbeamter und Fischereiwissenschaftler e.V. ruft deshalb nochmals dazu auf, Wasserkraftanlagen nur dann zuzulassen, wenn deren gesamtökologische Bilanz eindeutig positiv ausfällt. Er warnt davor, eine Entwicklung fortzusetzen, die letztlich zu weitgehenden und nahezu irreversiblen ökologischen Zerstörungen der Flüsse, Bäche und ihrer typischen Lebensgemeinschaften führen muß. Er bittet die verantwortlichen Politiker und Behörden, zukünftig bei ihren Entscheidungen diesen Artenschutzaspekten mehr Beachtung zu schenken.